EUROPA 13.01.2020 | Grace Blakeley

„Den Finanzsektor sozialisieren“

Die Dominanz der Finanzwelt hat unsere Volkswirtschaften zerstört. Die Ökonomin Grace Blakeley drängt auf grundlegende Alternativen.

Lesen Sie dieses Interview auch auf Englisch.

Interview von Daniel Kopp

Ihr neues Buch „Stolen“ („Gestohlen“) trägt den Untertitel „Wie man die Welt vor der Finanzialisierung retten kann“ („How to save the world from financialisation“). Beginnen wir also mit einer einfachen Frage: Warum ist der Finzanzmarkt-Kapitalismus überhaupt ein Problem?

Die bekannteste Definition der Finanzialisierung ist das Wachstum der finanziellen Anreize, der Finanzmärkte, der Finanzakteure und der Finanzinstitutionen in der Funktionsweise der internationalen und nationalen Wirtschaft. Und es ist ein Prozess, der sich durch eine Reihe von verschiedenen Perspektiven analysieren lässt.

Ich analysiere die Finanzialisierung als eine Logik, die die wirtschaftliche Akkumulation regelt – ein bestimmtes Wachstumsregime. Ich argumentiere, dass die Ausdehnung der Logik der Finanzen – also der Logik der Kreditschöpfung, des Bankwesens, der Investitionen und des Geldmanagements – auf andere Bereiche der Wirtschaft die wirtschaftliche Aktivität, insbesondere im Vereinigten Königreich, verändert hat.

Sie sprechen von finanzgestütztem Wachstum. Das Gegenteil davon wäre Wachstum in der Realwirtschaft?

Ja, man könnte sich auch den Gegensatz zwischen Wachstum des Finanzsektors und Wachstum der Realwirtschaft anschauen. Aber mein Ansatz ist anders und hat viel mehr mit dem marxistischen Gedanken gemein, der das Wachstum des Finanzkapitalismus als Ergebnis der natürlichen Entwicklung des Kapitalismus betrachtet.

In dem Buch betrachte ich die Finanzialisierung des Haushalts, des

Unternehmens und des Staates. Und wenn man es aus dieser Perspektive angeht, werden strukturelle Probleme ganz deutlich. Die Finanzialisierung des Unternehmens führt zur Dominanz der Shareholder-Value-Ideologie und der Corporate Governance. Die von Geldmanagern durchgesetzt wird.

Diese großen institutionellen Investoren haben eine bedeutendere Rolle in der Wirtschaft als früher. Und sie setzen eine ganz besondere Art der Unternehmensorganisation durch: die Interessen der Aktionäre und Gläubiger werden vor die der Arbeitnehmer gestellt. Darüber hinaus wird die kurzfristige Verteilung der Mittel an die Aktionäre gegenüber langfristigen Investitionen in Anlagekapital bevorzugt.

Durch Prozesse wie Übernahmen und Fusionen erzeugen die Unternehmen Monopolmacht, die das Problem geringer Investitionen noch verschärft. Denn die von Monopolen generierten überhöhten Gewinne kommen aus der Kontrolle und Reduzierung von Investitionen. Und es gewährt diesen Firmen eine riesige Macht, sowohl in der heimischen als auch in der internationalen Wirtschaft. Egal, ob es sich um Staaten, Arbeiter oder andere Teile des Marktes handelt.

Und oft nehmen sie große Mengen an Schulden auf, was sie relativ instabil macht. Der massive Anstieg der Unternehmensverschuldung insbesondere in Großbritannien und den USA ist eine direkte Folge dieses Modells und der Tendenz zur Kreditaufnahme. Nicht um zu investieren, sondern um sich zu verschulden, um die Aktienkurse anzukurbeln.

Was ist mit dem Haushalt?

Ich analysiere den Haushalt anhand der Idee des privatisierten Keynesianismus. Im Wesentlichen geht es um den Austausch der öffentlichen durch die private Verschuldung. Durch das finanzgestützte Wachstum entsteht ein Problem: Lohnwachstum und Investitionen werden unter diesem System rückläufig, was zu einem Defizit in der Gesamtnachfrage führen könnte.

Die Art und Weise, auf die dieses System stabilisiert wird, ist durch den privatisierten Keynesianismus. Anstatt also diesen Nachfrageausfall mit öffentlichen Ausgaben zu bekämpfen, kommt es zur Ausbreitung der privaten Verschuldung. Es sind dann private, ungesicherte Schulden, die oft an die Stelle des Lohnwachstums treten, um den Verbrauchern den Kauf von Waren zu ermöglichen.

Zu guter Letzt sprechen Sie von der Finanzialisierung des Staates. Was meinen Sie damit?

Wir haben keinen Staat mehr, der über die öffentliche Kreditaufnahme nachdenkt, wie er es in der Blütezeit des Keynesianismus tat, über die Beschränkung der Finanzmärkte durch Kredit- und Devisenkontrollen. Und wir haben keinen Staat mehr, der über eine angemessene Finanzregulierung nachdenkt.

Die wachsende Dominanz des Finanzwesens führt zur Finanzialisierung des Staates in Form von privaten Finanzierungsinitiativen. Das ist dann ein Staat, der den privaten Investoren sagt: Ihr macht die Ausgaben in unserem Namen. Schließlich haben wir eine zunehmende Isolierung der wirtschaftlichen Entscheidungsfindung von demokratischer Kontrolle, was die Vereinnahmung durch die Finanzeliten erleichtert.

Auf all diesen verschiedenen Ebenen kann man sehen, wie der Erfolg der Finanzialisierung zu großen, bedeutenden Problemen führt. Ob Sie nun über sinkende Löhne, sinkende Investitionen oder die Dynamik, die die Finanzkrise angetrieben hat, sprechen.

Wie passt die Austeritätspolitik in Ihre Analyse? Und würden Sie sagen, wenn Sie den Finanzsektor im Jahr 2008 mit dem heutigen vergleichen, dass es einen großen Unterschied gibt?

So wie ich dieses finanzwirtschaftlich getriebene Wachstumsmodell verstehe, basiert es nicht einfach eine Reihe von Regularien. Es basiert auf einer Veränderung der Machtverhältnisse zwischen den verschiedenen sozialen Klassen. Ich analysiere die lange Geschichte des Kapitalismus im Hinblick auf die Machtbalance zwischen Arbeit und Kapital.

In dieser Perspektive setzt der Aufstieg der Sozialdemokratie die wachsenden Macht der organisierten Arbeiterschaft voraus. Der Niedergang dieses Modells ist auf der Erosion vieler der Institutionen, die den sozialdemokratischen Nachkriegskonsens gestützt haben, durch die wachsende Macht des Finanzkapitals begründet.

Und die Entstehung des finanzwirtschaftlichen Wachstums in den 80er Jahren ist mit der Entwicklung der Finanzmärkte, der zunehmenden Kapitalmobilität und den Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung der Balance zwischen Arbeit und Kapital auf staatlicher Ebene verbunden. All dies verschob die Machtverhältnisse weg von den Arbeitern und hin zum Kapital. Und vor allem hin zum internationalen Finanzkapital.

Wenn man über Austerität spricht, dann gibt es eine bestimmte Klasse, die innerhalb des Staates und innerhalb Reihe von anderen Institutionen dominant wird. Diese Leute reagieren auf die Finanzkrise von 2008, die durch das Modell des finanzgestützten

Wachstums verursacht wurde, indem sie die Kosten den einfachen Leuten auferlegen, während sie die Banken retten. Die Auswirkungen auf die Wirtschaft sind dann für die große Mehrheit der arbeitenden Menschen weitgehend negativ. Diejenigen an der Spitze sind allerdings dagegen isoliert.

Nach 2008 haben wir gesehen, wie die Zentralbanken Geld über „Quantitative Easing" in die Wirtschaft gepumpt haben, um sie über Wasser zu halten – anstatt dass Regierungen öffentliche Investitionen ankurbeln. Sie sehen Sie das?

Das Problem hat zum Teil mit Quantitative Easing selbst zu tun, aber es hat auch mit der mangelnden Nachfrage zu tun, die in all diesen verschiedenen Volkswirtschaften besteht. Eine weitere Altlast der Finanzialisierung. Es hat mit den sinkenden Löhnen, den sinkenden Anlageinvestitionen, dem massiven Schuldenüberhang zu tun, der dazu führt, dass ein großer Teil der Erträge in die Rückzahlung der Schulden fließen muss. Zusammen mit der Weigerung der Regierungen, Ausgaben zu tätigen, schafft sie diese Situation einer chronisch knappen Nachfrage.

Die Zentralbanken versuchen, dem durch eine grundsätzliche Aufblähung der Vermögenspreise entgegenzuwirken. Sie sagen nie öffentlich, dass sie dies aktiv tun, aber offensichtlich hat Quantitative Easing dazu geführt. Es verschärft viele der Probleme, die uns überhaupt erst in diese Situation gebracht haben.

Angesichts der Haltung der Europäischen Zentralbank könnte es sogar sein, dass das Quantitative Easing nie aufhört. Und das hat große distributive Implikationen, über die niemand wirklich spricht.

Nehmen wir nun an, wir könnten die Uhr zurückdrehen und zum Nachkriegskonsens zurückkehren, um die Sozialdemokratie wieder zu beleben, die Banken zu regulieren und so weiter. Würde das nicht ausreichen?

Ich betrachte den sozialdemokratischen Konsens, insbesondere in Großbritannien, als einen Versuch, die Widersprüche und Konflikte zwischen den beiden Klassen zu dämpfen.

Das ist ihm für diese Zeit bemerkenswert gut gelungen. Der Grund dafür, dass der Kompromiss so lange stabil war, waren relativ hohe Wachstumsraten und eine hohe Produktivität. Wir hatten während eines großen Teils dieser Ära weiterhin Imperialismus, dem dann eine Form der Globalisierung folgte, die in vielerlei Hinsicht ähnliche Logiken reproduziert.

Das bedeutet, dass es mehr Spielraum gab. Wenn es mehr Spielraum

gibt, wird das Nullsummenspiel, mit dem wir in Krisenmomenten konfrontiert sind, verschleiert. Es gab zwar immer noch ein Nullsummenspiel, das sich zu diesem Zeitpunkt nur weitgehend zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden abspielte. Aber innerhalb des globalen Nordens ist es aufgrund der Logik des Imperialismus und der Extraktion leicht, Arbeit und Kapital mit einem Modell zu besänftigen, bei dem der Staat eingreift und sagt: Du bekommst so viel, du bekommst so viel.

Eine Illusion des nationalen Fortschritts, weil er nicht in einen globalen Kontext eingebettet ist?

Ganz genau, ja. Wenn man dann in die Krise der 1970er Jahre gerät, bekommt man mehr Konkurrenz aus dem Rest der Welt, die die Profite im globalen Norden erodieren lässt. Die erste große Veränderung kommt, wenn der erste Anstieg des Ölpreises passiert. Und offensichtlich bedeutet massive Inflation, dass die Bosse sagen, sie müssen die Kosten senken. Arbeiter, die sagen, dass wir wegen der Inflation Lohnerhöhungen brauchen. Dann sehen Sie, wie der Klassenkonflikt, der jedem dieser Systeme innewohnt, auftaucht und in den Vordergrund tritt.

Der Versuch, das zu dämpfen, wird nur im Kontext des Überflusses funktionieren. In vielerlei Hinsicht basierte das finanzgestützte Wachstum auf einem ähnlichen Versuch; nur geht es hier nicht darum, dass der Staat zwischen Kapital und Arbeit vermittelt, sondern darum, mehr Menschen zu Kapitalisten zu machen.

Der inhärente Konflikt, der im Kapitalismus zwischen Kapital und Arbeit besteht, macht die Sozialdemokratie sehr schwierig, besonders in Zeiten der Knappheit. Und wir befinden uns heute in einem dieser Momente.

Ich möchte Ihnen eine zweite Frage stellen, die sich auf den Untertitel Ihres Buches bezieht. Wenn, wie Sie beschreiben, die Finanzialisierung ein so riesiges Problem ist, wie retten wir dann die Welt davor? Was sollte die Agenda von Progressiven sein?

Ich denke, hier geht meine Analyse wahrscheinlich in eine andere Richtung als eher sozialdemokratische Perspektiven. Ich höre oft, dass wir als Progressive die Schlacht der Ideen gewinnen. Die Leute erkennen, dass wir die Finanzwelt richtig regulieren müssen.

Es ist schön und gut, über den Kampf der Ideen zu sprechen, aber wir müssen auch über den Kampf in der Straße sprechen. Ich glaube, viele in der sozialdemokratischen Linken tendieren dazu, das zu tun, wofür Marx die anderen deutschen Philosophen kritisiert hat, nämlich den Ideen den Vorrang vor der materiellen Realität zu geben.

Das erzeugt eine Reihe von Problemen, weil wir am Ende Probleme auflisten und dann einfach Lösungen vorschlagen. Das Problem ist zum Beispiel die Shareholder-Value-Ideologie, die zu Kurzfristigkeit, geringen Investitionen und niedrigen Löhnen führt. Was müssen wir also tun? Die Gesetze über die treuhänderische Verantwortung für institutionelle Anleger ändern, so dass sie neben der Maximierung ihrer Erträge auch ökologische und soziale Ziele in den Vordergrund stellen müssen.

Sicher, das ist eine gute Idee, aber wer wird das umsetzen? Wo ist die Koalition sozialer Klassen, die das umsetzen kann? Es gibt einen Grund dafür, dass das Finanzsystem und die Regulierung rund um das Finanzsystem so funktioniert, wie sie funktioniert. Weil es eine Klasse von Leuten gibt, die alles besitzen und die alle Regeln machen. Und es ist sehr wichtig, den Kapitalismus nicht nur als ein wirtschaftliches System des Eigentums zu verstehen, sondern auch als ein politisches System.

Statt der Sozialdemokratie wollen Sie also zum demokratischen Sozialismus übergehen? Und welche konkreten Vorstellungen würde das mit sich bringen?

Der Übergang zum demokratischen Sozialismus als ideologische Alternative zum Neoliberalismus erfordert eine Verschiebung der Klassenkräfte. Und die Entstehung und Entwicklung einer Bewegung, die diese Ideen durchsetzen und durchsetzen kann.

Wir könnten den Finanzsektor sozialisieren, indem wir eine öffentliche nationale Investitionsbank, ein öffentliches Retail-Bankensystem und einen Volksvermögensverwalter haben, der ein demokratisch geführter und kontrollierter Vermögensverwalter wäre und unsere kollektiven Ersparnisse – zum Beispiel das Vermögen eines Staatsfonds oder Pensionsfonds – anlegt.

Dazu gehören auch Mechanismen zur Eindämmung der Macht des privaten Finanzsektors: Devisenkontrollen, Kreditkontrollen und andere Formen der Regulierung. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Stärkung der Macht der Arbeitnehmer: Abschaffung gewerkschaftsfeindlicher Gesetze, Dekommodifizierung des Lebensunterhalts. Kurz gesagt, wir müssen eine Gesellschaft schaffen, in der alles, was wir zum Überleben brauchen, umsonst oder sehr billig ist.



Grace Blakeley

London

Grace Blakeley ist eine britische Autorin und Wirtschaftskommentatorin für *The New Statesman*. Sie ist eine demokratische Sozialistin, Mitglied der Labour Party und sitzt im National Policy Forum der Partei. Vor kurzem veröffentlichte sie ihr erstes Buch *Stolen: How to save the world from financialisation*.

-